

## Verdrängter Osten

Veröffentlicht am 08.07.2005 | Lesedauer: 3 Minuten

Von Johann Michael Möller

Kommentar

Und wieder der Osten. Die jüngsten Umfragewerte lassen vermuten, daß der Höhenflug der Union in den neuen Ländern bereits vorüber ist. Wieder kippt dort die Stimmung. Diesmal in Richtung links außen. Drei Prozentpunkte führt die CDU nur noch vor der aufgefetteten PDS. Da werden Erinnerungen an den Sommer 2002 wach, als die Union die Wahlen gerade im Osten verlor. Und da wundert es um so mehr, wie unbedacht, um nicht zu sagen leichtfertig diese "Partei der deutschen Einheit" mit ihren wenigen verbliebenen Gesichtern ostdeutscher Provenienz umgeht. Daß einige der ehemaligen Bürgerrechtler resigniert haben und einige ins zivile Leben zurückkehrten, ist ganz normal; und 15 Jahre nach der Wende muß es auch keine Sonderquoten mehr geben. Da zählt die Leistung.

Doch daß ein bekannter und erfahrener Politiker wie Günter Nooke kleinstkarierten Machtspielen eines Berliner Landesverbandes zum Opfer zu fallen droht, ist ein Skandal. Was werfen sie ihm vor? Daß er nicht ihren Stallgeruch trägt? Daß er anderen Ambitionen einfach nur im Wege stand? Man wird die Politikfähigkeit dieses Landesverbandes daran messen müssen, ob er Nooke für die Bundestagswahl einen aussichtsreichen Listenplatz einräumt oder ihn im politischen Krähwinkel Berlins versinken läßt. Der Bundespartei kann das nicht gleichgültig sein. Sie hat zwar eine Vorsitzende, die aus den neuen Ländern stammt, die aber gut daran tut, nicht auf dieser Karte zu reisen. Also braucht sie andere Galionsfiguren, die Erfahrung und Fingerspitzengefühl für einen Landesteil besitzen, in dem die Uhren immer noch anders gehen.

Die vier von der Thinktankstelle, die jetzt im Adenauerhaus über dem Wahlprogramm

brüten, kommen allesamt aus dem tiefsten Süden und Westen. Ob sie mehr als symbolische Gesten für die neuen Länder übrig haben, wird man sehen. Aber Zweifel bestehen da schon. Denn über die Krise im Ostteil unseres Landes wird zwar lamentiert, aber die Ursachen werden nicht wirklich benannt. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum bei den Wahlprogrammen keiner mitformuliert, der von der Ökonomie der neuen Länder wirklich Ahnung hat, dem man Vertrauen schenkt, gerade weil er keinen wohlfeilen Optimismus verbreitet. Der einzige ordnungspolitische Leuchtturm der Union im Osten ist Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt. Auch bei ihm hat man nicht den Eindruck, daß er wirklich zu Rate gezogen wird.

Doch eine mögliche unionsgeführte Regierung wird nicht nur daran gemessen, ob sie den Mut aufbringt, das Übel der deutschen Krankheit an den Wurzeln zu packen, zu dem ganz entscheidend der stolpernde Aufbau Ost gehört. Die Union wird sich auch ihrem eigenen Erbe der Einheit stellen müssen. Man hat beim Abbau des Mauerdenkmals am Checkpoint Charlie in Berlin die machtvollen Stimmen aus der Unionsspitze schon vermißt, die sich einem solchen Skandal in den Weg gestellt hätten; die deutlich hätten werden lassen, daß dort ein postkommunistischer Kultursenator und Bezirkspolitiker ähnlichen Schlages nur darauf gewartet haben, mit Verweis auf die Rechtslage eine Erinnerungsstätte zu beseitigen, die ihnen nicht ins Weltbild paßte: die Erinnerung an die zweite deutsche Diktatur. Ein SPD-Politiker wie Wolfgang Thierse hat das wenigstens ausgesprochen. Denn er hat eben diese Todesgrenze jahrzehntelang von der anderen Seite betrachten müssen.

Man stelle sich also in Zukunft ein deutsches Parlament vor ohne diese Biographien, ohne Werner Schulz, Günter Nooke, Vera Lengsfeld, und wie sie alle heißen. 15 Jahre nach der Wende bedeutet das nicht Normalität, sondern Verdrängung. Und die ist uns Deutschen noch nie gut bekommen. An diesem Samstag, in diesem Berliner Landesverband, kann die CDU also zeigen, was sie von der deutschen Geschichte hält. Das ist der Lackmустest - nicht die Sonntagsreden zum 3. Oktober.